

Späte Reue

An die Rechtschreibreform wird in der Kultusministerkonferenz niemand gern erinnert. Denn damals interessierte sich kein amtierender Minister für den Beschluss, alle nickten ihn ab, als wäre es um eine reine Formalie gegangen. Doch die Folgen waren größer, als sich die Minister damals träumen ließen. Die jetzt amtierenden Minister waschen ihre Hände in Unschuld, weil sie den Beschluss nicht gefasst haben. Und je länger ihre Amtszeit hinter ihnen liegt, desto reumütiger bewerten die politisch Verantwortlichen ihre Fehlentscheidung. Das gilt auch für den früheren bayerischen Kultusminister Hans Zehetmair (CSU), der nun sagte: «Im Grunde war die klassische Rechtschreibung nach meinem Empfinden die bessere.» Die weise Einsicht kommt spät, zu spät, denn Zehetmair legt den Vorsitz des Rates für deutsche Rechtschreibung zum 1. November dieses Jahres nieder. Der von ihm selbst als tätige Reue für einen politischen Irrtum interpretierte Vorsitz hat zwar manche Absurditäten beseitigt, von einer echten Reform des politischen Eingriffs in die Sprache kann jedoch nicht die Rede sein. Auf Zehetmair folgt jetzt der frühere niedersächsische Staatssekretär Josef Lange, der bisher jedenfalls nicht als Rechtschreibrebell von sich reden gemacht hat. Der eigentliche Rechtschreibrebell, der frühere Lehrer Friedrich Denk, lässt jedoch nicht locker. Bei der Frankfurter Buchmesse hat er am Mittwoch die sogenannte «Frankfurter Erklärung nach 20 Jahren Rechtschreibreform» vorgestellt, die von vielen Schriftstellern, Professoren, Verlegern, Journalisten und Kulturschaffenden unterzeichnet wurde. 20 Jahre nach dem Start der Rechtschreibreform seien ihre Folgeschäden unübersehbar: «Die Verwirrung und Verunsicherung der Schreibenden ist groß, die Schüler machen nachweislich nicht weniger, sondern deutlich mehr Fehler, die deutsche Einheitsorthographie ging verloren.» Die Erklärung appelliert an die Kultusminister, einen Neuanfang zu wagen und geeignete Schritte zur Wiedergewinnung einer einheitlichen Schreibung zu unternehmen, die auch der von den Kultusministern 2004 eingesetzte Rat für deutsche Rechtschreibung als „ein hohes kulturelles Gut“ bezeichnet. Dass die bewährte Schreibung in den Schulen als „falsch“ gewertet werde, sei ein „Angriff auf die literarische Tradition und die Literatur der Gegenwart“. Alle Werke der großen Autoren des 20. Jahrhunderts (von Thomas Mann und Bert Brecht bis Max Frisch, Ingeborg Bachmann und Günter Grass) und viele Werke heutiger Schriftsteller würden als „orthographisch fehlerhaft“ abgewertet. Hunderttausende von Kinder-, Jugend- und Schulbüchern seien vernichtet worden, weil sie in der bewährten Schreibung gedruckt waren, vor der man die Schüler schützen zu müssen glaubte. Wenn die Schreibung vor der Rechtschreibreform als allgemein brauchbar anerkannt sei, werde «ein Vergleich der unterschiedlichen Schreibungen die Wiedergewinnung einer einheitlichen Rechtschreibung fördern». An dieser Aufgabe sollten neben dem Rechtschreibrat auch Akademien, Schriftstellerverbände, die Schweizer Orthographische Konferenz (SOK) sowie unabhängige Fachleute mitwirken, heißt es abschließend in dem Text. Schon vor zehn Jahren hatte die jetzt amtierende Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) in einem Gespräch zugegeben: «Die Kultusminister wissen längst, dass die Rechtschreibreform falsch war. Aus Gründen der Staatsräson ist sie nicht zurückgenommen worden.» Heutige Kultusminister würden vermutlich auf die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium und die vielen nach Reformschreibung unterrichteten Schüler verweisen, um ihren fehlenden Mut zu einer Korrektur des damaligen Beschlusses zu bemänteln. Dieses Argument könnte ihnen allerdings abhanden kommen, wenn eine der nächsten Leistungsstudien belegt, was zu befürchten ist: dass kaum ein Schüler am Ende der vierten Jahrgangsstufe die Grundregeln der Orthographie beherrscht. (oll.)